LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

06.08.2024
Drucksache 8/4428

öffentlich

Antrag
–

Fraktion Die Linke

Land nicht aufs Abstellgleis schieben - weitere Ausdünnung im Schienenverkehr stoppen! Erhalt und Ausbau der Fernverkehrsanbindungen des Landes

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Der seit 30 Jahren laufende Abbau von Haltepunkten, Gleisen und Anschlüssen im Personen- und Güterverkehr auf der Schiene konterkariert die Maßnahmen für Mobilität und Umweltschutz im Land und droht weitere Teile des ländlichen Raumes abzuhängen.

2. Die an vielen Stellen sanierungsbedürftige Bahninfrastruktur darf nicht zur Gefährdung der Sicherheit der Menschen führen und zudem nicht noch für die angekündigte „Kriegstauglichkeit“ genutzt werden.

3. Die zunehmenden Verspätungen und Zugausfälle bei gleichzeitig stetigen Preissteigerungen für die Tickets verringern die Attraktivität des Bahnfahrens.

4. Es bedarf dringend konkreter Maßnahmen auf Bundesebene, um das System Schiene nach jahrelang vernachlässigten Investitionen, fehlender Kapazitäten und Resilienz zu reformieren.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

a) sich vehementer und stärker verlautbarten Plänen des Deutsche-Bahn-Konzerns entgegenzustellen, aus Kostengründen in Sachsen-Anhalt und Mitteldeutschland mehrere IC-Verbindungen perspektivisch stillzulegen.

(Ausgegeben am 06.08.2024)

b) sich dafür einzusetzen, dass auf allen vorhandenen IC-Verbindungen des Landes eine Verdichtung des IC-Taktes auf mindestens zweistündige Angebote erfolgt und dies im neuen Landesentwicklungsplan zu verankern.

c) sich zu verpflichten, gemeinsam mit anderen Bundesländern, beim Bund nachdrücklich Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des IC-Netzes einzufordern.

d) im Landeshaushalt 2025/26 über Förderprogramme aus Bundes- und Landesmitteln Vorkehrungen zu treffen, die Elektrifizierung und den umfassenden Ausbau des Streckennetzes voranzubringen, insbesondere der Strecken Glindenberg-Wolfsburg, Halle-Halberstadt sowie Magdeburg-Wernigerode.

e) bei der Deutschen Bahn auf die Wiedereinrichtung eines ICE-Anschlusses der Landeshauptstadt Magdeburg zu drängen, um das Land wirtschaftlich, raumordnerisch und touristisch attraktiv zu halten.

f) bei der Deutschen Bahn AG darauf zu dringen, den Waggon-Bestand und die Transportkapazität im SPNV zu erhöhen, um der gestiegenen Nachfrage über die Verkehrsverträge mit den beauftragten Bahn-Unternehmen zu entsprechen. Notwendig sind zudem eine Reform des Trassenpreissystems sowie die auskömmliche Finanzierung durch den Bund für den Fernverkehr.

g) wie in den Freistaaten Sachsen und Thüringen Landesmittel einzusetzen, um auf stark frequentierten Nahverkehrsverbindungen auch im IC-Netz das Deutschlandticket nutzbar zu machen.

h) dem Landtag ein Fernverkehrs-Konzept der Landesregierung und den Forderungskatalog an die DB zur Beratung und Beteiligung vorzulegen. Im Land sind in diesem Zusammenhang die Bauhausstadt Dessau an den Fernverkehr anzubinden sowie tägliche IC-Anbindungen nach Berlin und Leipzig und Magdeburg zu gewährleisten.

Begründung

Das Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“ berichtete Ende Juni 2024 von Plänen des bundeseigenen Bahnkonzerns, besonders in Ostdeutschland Fernverkehrsverbindungen aus Kostengründen zu kappen. Das Dementi der Bahn fiel nur schwach aus, Einsparzwänge wurden bestätigt und perspektivisch Streckenstilllegungen eingeräumt. Der jüngst vorgelegte Haushaltsentwurf des Bundes bestätigt diese Befürchtungen. Mittel für den Schienenverkehr werden zugunsten von Straßenverkehrsinvestitionen umgeschichtet und die Bahn muss deshalb bilanztechnisch ihr Eigenkapital erhöhen, was das Problem beibehält und weitere Preis-

steigerungen für Kunden im Personen- und Güterschienenverkehr bedeutet - bei zunehmenden Qualitätseinbußen. In Sachsen-Anhalt wurde in den vergangenen 30 Jahren massiv Schienenverkehrs-Infrastruktur abgebaut, Verbindungen reduziert oder eingestellt, die Landeshauptstadt Magdeburg verlor ihren ICE-Anschluss. Die Brücken, Schwellen, Gleise, Haltepunkte im Land sind teilweise marode und werden zunehmend gefährlich für die Menschen. Die ohnehin problematischen Strukturen sollen nach Plänen der Bundesregierung nun auch noch „kriegstauglich“ gemacht werden. Durch die NATO-Militärtransporte wird der Verschleiß noch beschleunigt, was kategorisch abzulehnen ist. Die Schiene ist friedlich und zivil zu nutzen.

Die Landesregierung muss sich gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ministerpräsidenten vehementer beim Bund und dem DB-Konzern dafür einsetzen, das Land und damit letztlich den gesamten mittel- und ostdeutschen Raum nicht noch weiter abzuhängen bei der Anbindung an die Metropolen.

Die neue IC-Verbindung von Magdeburg nach Hamburg ist ein Anfang, jedoch mit nur zwei täglichen Verbindungen nur ein Alibi, es bedarf zweistündiger Angebote auf allen IC-Strecken im Land, was im zu überarbeitenden Landesentwicklungsplan verankert werden muss.

Um die Auslastung dieser Verbindungen zu erhöhen, müssen weitere Ticket-Preissteigerungen unterbleiben, was auch durch eine gesetzlich zugesicherte Kofinanzierung mit Landesmitteln für den ÖPNV sowie die Nutzbarmachung des 49-Euro-Deutschlandtickets auch auf IC-Strecken, wie in Thüringen, ermöglicht werden kann. Im kommenden Doppel-Landeshaushalt 2025/26 bedarf es mehr Bundes- und Landesmittel für eine umfassende Ertüchtigung und Erweiterung des Schienen-Streckennetzes. Medial hatte die Landesregierung ein Schienen-Fernverkehrskonzept und einen Forderungskatalog an die DB angekündigt. Diese sind dem Parlament zur Mitberatung vorzulegen.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz